

Einfache Anfrage Fässler-St.Gallen vom 28. November 2006

Grundlagen der Sozialhilfestatistik

Schriftliche Antwort der Regierung vom 30. Januar 2007

Fredy Fässler-St.Gallen stellt in seiner Einfachen Anfrage vom 28. November 2006 der Regierung im Zusammenhang mit der Erstellung der Sozialhilfestatistik und dem Fehlen der Daten einer Anzahl Gemeinden verschiedene Fragen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die Sozialhilfestatistik ist von grosser Bedeutung. Die Auswertungen stehen für strategische Entscheide zur Verfügung, liefern Kennzahlen für die Planung, zeigen Entwicklungen auf, ermöglichen Vergleiche und dienen der Früherkennung neuer Problemlagen und sozialer Risiken. Zudem sind die Sozialhilfedaten im Rahmen der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) ein wichtiger Indikator für den soziodemographischen Lastenausgleich. Entsprechend wichtig ist es, dass sich alle Gemeinden an der Datenerhebung beteiligen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Daten 2004 der schweizerischen Sozialhilfestatistik wurden von 20 Gemeinden nicht erhoben. Bei mehreren dieser Gemeinden waren technische Probleme dafür verantwortlich. Gewisse Schwierigkeiten ergaben sich bereits bei der Installierung des vom Bundesamt für Statistik (BFS) zur Verfügung gestellten Erfassungssystems «Sostat», die sich dann bei der Datenerfassung und der Datenlieferung fortsetzten. Nicht überall konnten diese Schwierigkeiten rechtzeitig für die Datenerhebung 2004 behoben werden.

Es gab aber auch Gemeinden, die sich der Datenerhebung verschlossen. Die Begründungen waren hauptsächlich fehlende personelle Ressourcen oder die Einwohnerzahl. Es herrschte bei einzelnen Gemeinden die Meinung, nur diejenigen mit einer Einwohnerzahl über 10'000 müssten die Sozialhilfestatistikdaten erheben; dies obwohl mehrere Male schriftlich und mündlich kommuniziert wurde, dass die Erhebung unabhängig von der Einwohnerzahl durchzuführen sei. Einige wenige Gemeinden gaben gar keine Gründe an.

2. Die Interventionen der Vereinigung St.Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten, der Fachstelle für Statistik und des Amtes für Soziales waren bei verschiedenen Gemeinden erfolgreich. Inzwischen sind es nur noch wenige Gemeinden, die keine Datenerhebung vornehmen. Die Sozialhilfestatistikdaten 2006 werden von folgenden Gemeinden nicht erhoben: Bad Ragaz, Degersheim, Eichberg, Jonschwil, Niederbüren, Niederhelfenschwil, Oberuzwil, Thal. Die meisten Gemeinden begründen die Verweigerung mit fehlenden personellen Ressourcen, einem Missverhältnis zwischen Aufwand und Nutzen oder mit der Problematik des Erfassungssystems. Drei Gemeinden führen keine Gründe an.
3. Gestützt auf Art. 7 Abs. 1 des Bundesstatistikgesetzes (SR 431.01; abgekürzt BStatG) legt der Bundesrat bei der Anordnung einer Erhebung fest, in welchem Ausmass die Kantone und Gemeinden bei der Durchführung mitzuwirken haben. Bezüglich des Kantons St.Gallen hat der Bundesrat durch das BFS eine Leistungsvereinbarung abschliessen lassen: Leistungsvereinbarung vom 18. August 2003 zwischen der Schweizerischen Eidgenossen-

schaft, vertreten durch das BFS, und dem Kanton St.Gallen, vertreten durch das Departement des Innern. Im Kanton St.Gallen werden die Gemeinden in der Datenerhebung durch die Fachstelle für Statistik unterstützt. Zu diesem Zweck wurde zwischen dem BFS und der Fachstelle am 27. August 2003 / 8. September 2003 ein Vertrag abgeschlossen. In der Leistungsvereinbarung und im Vertrag ist festgehalten, dass die Daten in allen Gemeinden zu erheben sind (Vollerhebung). Grundlage dazu bildete der Regierungsbeschluss vom 3. Dezember 2002 (RRB 2003/730). Bis jetzt wurden gegenüber den säumigen Gemeinden noch keine Weisungen oder Massnahmen im Sinn des Gemeindegesetzes erlassen, sondern mit Rücksicht auf die Gemeindeautonomie an die Verantwortung und die Mitwirkungsbereitschaft appelliert. Sollte dies keine Wirkung zeigen, müssten weitergehende Schritte in Betracht gezogen werden.

4. Bisher beteiligten sich in den Kantonen mit Vollerhebung auch alle Gemeinden. Im Jahr 2007 wird in 23 Kantonen eine Vollerhebung durchgeführt.